

Wir sind hierhergekommen, weil wir gegen den Versuch der Industriebosse, sich als Klimaschützer und –retter darzustellen, protestieren wollten. Aber es ist noch viel schlimmer: Das wollen sie nämlich gar nicht, weil sie das gar nicht nötig haben!

Die weltweite Angst vor den Folgen der drohenden Klimakatastrophe, die sich auch in politischen Entscheidungen niederschlägt, hat ein Maß erreicht, dass sich genau mit diesem Szenario beste Geschäfte machen lassen. Endlich ist wieder Wirtschaftswachstum in Sicht.

Die Herren – und auch Damen – da drinnen nutzen diese für die Menschheit bedrohliche Situation, um nach bewährtem Muster zu lügen, zu betrügen und zu erpressen. Das wird deutlich, wenn man sich den BDI-Bericht zu den sogenannten Transformationspfaden ansieht. Genau der war hier heute Gegenstand der Reden und Debatten.

Der unter Druck stehenden Regierung wird eine ganze Palette von Forderungen präsentiert, damit die Industrie bereit ist, der ganz wesentlich von ihr selbst verschuldeten Umweltzerstörung entgegenzuarbeiten. Mit schöner Deutlichkeit wird gesagt: „Nur, wenn es für sie wirtschaftlich ist, werden die Unternehmen auf nicht-fossile Wärmelösungen umsteigen.“ Dann wären sie bereit, Wind-, Solar-, Wasserstoff-Energie weiterzuentwickeln und einzusetzen, mehr Elektro-Autos und die Batterien dafür zu bauen, #Wärmedämmung, Wärmepumpen und all die anderen schönen Produkte. Und es werden gleich noch Mogelpackungen mit untergeschoben: Die CO₂-Abscheidung, bekannt als CCS, und deren internationalen Handel mit voranzutreiben - was fürs Klima ungefähr so wirkungsvoll ist wieder der Ablasshandel für die ewige Seligkeit. Und auch die Künstliche Intelligenz-Weiterentwicklung wird gleich mit gepusht.

Als Forderungen an die staatliche Seite werden genannt:

- Exportbeschränkungen entgegenzuwirken, gleichzeitig der heimischen Wirtschaft Standortvorteile durch offene und verdeckte Subventionen zu verschaffen.
- Dafür zu sorgen, dass Rohstoffe und Arbeitskräfte reichlich und billig verfügbar sind.
- „Bürokratie“ abzubauen, wie es immer heißt, was nichts anderes bedeutet, als die Unternehmer wieder frühkapitalistisch schalten und walten zu lassen, wie sie wollen.
- Bildung und Forschung genau auf den Bedarf der industriellen Verwertung zuzuschneiden.
- Mit allen Mitteln Nachfrage auch auf dem Binnenmarkt zu erzeugen, z.B. mit massiven staatlichen Investitionen und der Etablierung von sogenannten grünen Leitmärkten.
- Handelspartnerschaften mit anderen Ländern abschließen, um Bezugsquellen für Rohstoffe und Vorprodukte zu sichern. Dabei nicht kleinlich auf Menschenrechte achten. Die Freihandelsabkommen sollten nicht „mit politischen Zielen überfrachtet werden“, wie es heißt.
- gleichzeitig unter dem Stichwort „Resilienz“ dafür zu sorgen, dass die Produktion notfalls auch unter Abschottungsbedingungen klappt.

Der grün gestrichene Weg in die Zukunft winkt mit ungeheuren Verdienstmöglichkeiten. Weltweit wird mit einem Umsatz von 7 Billionen Euro allein für die Erreichung der Klimaziele gerechnet. Davon wollen deutsche Unternehmer so viel wie möglich abhaben. Damit sie in die Pole Position kommt, braucht die deutsche Wirtschaft in diesem Zeitraum 1,2 Billionen Euro, hat der BDI vorgerechnet. Ein Drittel davon soll der Staat rausrücken. Und wie? Die Broschüre listet es auf:

- Kapital, auch Risikokapital aus Stiftungen, Pensionsfonds wie z.B. unserer Rente;
- andere Prioritätensetzung im Haushalt – was das bedeutet, wissen wir!
- Gespart werden soll allerdings nicht an der Rüstung, wie explizit heißt,
- notfalls sollte nach bewährtem Muster ein Sondervermögen aufgelegt werden.

Auch wo die Menschen, die für solchen Großangriff auf den Markt gebraucht werden, herkommen sollen, wir erklärt:

- aus „aktivierender Arbeitsmarktpolitik“, wie es heißt,
- durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters,
- durch die gezielte Abwerbung von Fachkräften aus anderen Ländern ,
- und durch eine auf die industriellen Erfordernisse ausgerichtete Ausbildung.

Wenn die deutsche Industrie immer wieder von „fairen Wettbewerbsbedingungen“ spricht, meint sie, dass es die Aufgabe des Staates ist, dafür zu sorgen, dass sie in dem sich abzeichnenden Wirtschafts- und Handelskrieg gewinnt, so wie es die Automobil-Wirtschaft gerade für sich verlangt.

Das ist das bekannte Muster: Risiken und Kosten der Allgemeinheit aufhalsen, die kommenden Gewinne dann aber privat einstreichen. Und als Druckmittel immer wieder: Betriebsschließungen und -verlagerungen, Rezession. Ob es sich bei diesem Neuen Deal um einen grünen, blauen oder gelben handelt, ist den Unternehmen völlig gleichgültig.